

# Paibacher Zeitung.

Nr. 20.

Prenumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 26. Jänner

Insertionspreis: Bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20. u. s. w. Insertionspreis pro Jahr 60 kr.

1874.

## Amtlicher Theil.

Vom Präsidium der k. k. Forst- und Domänen-Direction in Görz wurde zum k. k. Kanzlisten in der ersten Rangklasse der Diurnist Rudolf Ginzberger ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Der Herr Finanzminister hat mit Verordnung vom 10. Jänner 1874, Z. 6011, an die k. k. Kassen und Einhebungsämter nachstehendes allgemeines Verbot der ferneren Annahme der bisherigen deutschen Landmünzen erlassen: „Unter Beziehung des k. k. Reichskanzlers vom 6. Dezember 1873, betreffend die Außercurssetzung der bis zum Inkrafttreten des Münzgesetzes vom 4. Dezember 1871 geprägten Goldmünzen der deutschen Bundesstaaten, werden die k. k. Kassen und Einhebungsämter angewiesen, derlei Münzen vom 20. Jänner 1874 ab nicht weiters in Zahlung zu nehmen und vorhandene Münzen dieser Sorte bis zum 30. Jänner 1874 in Absuhr zu bringen.“

## Die confessionellen Vorlagen

sind bereits Gegenstand kritischer Analysen.

Die „Internationale Correspondenz“ sagt: „Die verfassungstreuen Blätter beurtheilen die confessionellen Vorlagen im ganzen und großen anerkennend, wenngleich sie dadurch nicht vollkommen befriedigt sind, daß in den Vorlagen eine Reform der Ehegesetzgebung fehlt. An sich betrachtet seien die Regierungsvorlagen ein anerkennungswerther Schritt zur Sicherung der Unabhängigkeit des Staates gegenüber der Kirche, und jedenfalls seien durch dieselben die diesfalls von der Regierungsinitiative gehegten Erwartungen übertroffen worden.“

Die „N. fr. Pr.“ bemerkt: sie habe keinen Grund, den im Abgeordnetenhaus eingebrachten Vorlagen ihre Zustimmung zu versagen. Die Regierung beschränkte sich darauf, die durch die Aufhebung des Concordates entstandenen Lücken auszufüllen; die „Neue freie Presse“ gesteht zu, daß auf dem von der Regierung bezeichneten Gebiete Heilsames zu schaffen sei. Das Blatt hält mit der Anerkennung nicht zurück, daß in diesen vier Gesetzentwürfen dem Staate und der bürgerlichen Freiheit wichtige Rechte gewonnen sind und daß dieselben mehr bieten, als was im allgemeinen von den confessionellen Vorlagen erwartet wurde.

Die „Presse“ schreibt: „Wer die vorliegenden Entwürfe ins Auge faßt und diese sowohl für sich allein

wie auch im Zusammenhange mit der übrigen Gesetzgebung prüft, der wird dem Gebotenen selten Beifall nicht verjagen können. Die Gesetzentwürfe, die dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurden, sind nicht bloß Statute, welche sich auf eine schärfere Abgrenzung der kirchlichen und staatlichen Gewalt innerhalb eines auch vom Episkopat als strittig anerkannten Grenzgebietes beziehen; sie berühren recht eigentlich den Kernpunkt der Wechselverhältnisse zwischen Staat und Kirche. Sie bedingen eine Umgestaltung derjenigen Normen, welche auf Kosten der früheren josephinischen Gesetzgebung angebahnt, durch das Concordat festgesetzt wurden und nach Kündigung desselben noch zum größeren Theile factisch beibehalten blieben. Gegenüber dem Gesetzentwurf „Zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche“ mit seinen vier Eingangspunkten und 58 Paragraphen treten alle übrigen confessionellen Gesetze, welcher Art immer sie sein mögen, denn doch in den Hintergrund. Sie repräsentieren zunächst nur Folgerungen aus diesem Hauptgesetze, Erweiterungen und Ergänzungen desselben.“

Das „Fremdenblatt“ betont die praktische Bedeutung des Gesetzentwurfes über das Aufsichtsrecht des Staats dahin, daß dasselbe in den Händen einer energischen, von ultramontanen Neigungen freien Verwaltung eine wirksame Waffe zur Abwehr aggressiver Acte der kirchlichen Organe sein werden; den größten Theil der Arbeit werde aber freilich erst die Verwaltung leisten müssen und es werde alles auf den Geist ankommen, in welchem das Gesetz ausgeführt werden wird.

Das „N. Fremdenblatt“ kommt zu dem Schlusse, daß die Gesetzgebungsarbeit auf dem confessionellen Gebiete mit den vorgelegten vier Entwürfen nicht gethan sei, doch als Anfang, als erstes Glied in einer Kette folgender und wohl nicht allzuspät folgender Gesetzentwürfe dürste sie der Zustimmung vernünftiger Urtheiler gewiß sein. Die vier Fragen, deren Lösung versucht wird, werden so gelöst, daß sie mit den Grundsätzen unserer Verfassung in geistigem Einklange stehen und der geläuterten Anschauung von der Bestimmung des Staates und von der Aufgabe der Kirche entsprechen.

Die „Vorstadt-Zeitung“ schreibt: „Wenn wir die eingebrachten confessionellen Gesetzentwürfe im ganzen und allgemeinen betrachten, so trägt wohl ein wesentlicher Theil derselben unstreitig das Gepräge des zeitgemäßen Fortschrittes, namentlich was die Stellung des Staates zur Kirche nach Außen betrifft. Doch auch dieser Fortschritt ist zuletzt nur ein einziger Schritt über jene Prinzipien hinaus, welche bereits unter Josef II. die Basis der österreichischen Kirchenpolitik gebildet haben.“

Die „Morgenpost“ bemerkt: „Die Grundtendenz der Gesetzentwürfe lasse sich dahin zusammenfassen, daß sie die Autorität der Regierung gegenüber dem Episkopate zu kräftigen suchen.“

Das „N. B. Blatt“ begrüßt die confessionellen

Gesetze als einen „plannoll überdachten und systematischen Fortschritt“. Derart wichtige, in das bürgerliche Leben so tief einschneidende Reformen müssen Schritt um Schritt ermöglicht und vorbereitet und dürfen nicht überstürzt eingebracht werden.

Auch das „Extrablatt“ findet nur Worte der Anerkennung für diesen „ersten Schritt der Regierung.“

Im „Vaterland“ lesen wir unter anderem folgendes: „Die eingebrachten sogenannten confessionellen Vorlagen übertreffen bei weitem die Befürchtungen, welche man bisher bezüglich des Glaser-Stremmayr'schen Elaborates hegen durfte. Die dem Geiste der katholischen Kirche entschieden widersprechenden josephinischen Theorien streiten darin mit der Copie der neupreußischen Kirchengesetzgebung um die Palme. Durch das Gesetz über die angeblich „äußeren Rechtsverhältnisse“ der katholischen Kirche wird in Wahrheit der bedenklichste Eingriff in die kirchliche Organisation versucht, indem die Anstellung der Geistlichen dem Ermessen der Bischöfe entzogen und gewissen „staatsbürgerlichen“ Bedingungen unterworfen wird, die jede radicale herrschende Partei willkürlich bestimmt. Ja, die Regierung soll sogar bezüglich des „öffentlichen Gottesdienstes“ ein Aufsichts- und Einmischungsrecht erhalten! Diese Proben genügen, um den Charakter dieser „confessionellen Vorlagen“ als einen anti-kirchlichen zu bezeichnen und die Ansicht zu berechtigen, daß durch die Annahme und Ausführung derselben ein neuer Versuch zur Unterdrückung der kirchlichen Organisation gemacht würde.“

Der „Volksfreund“ findet die confessionellen Vorlagen von keineswegs harmloser Natur und sagt, daß sie den preußischen Majestätsverbrechen wie ein Stiefbruder den andern gleichen. Er beschränkt sich vorläufig nur auf eine kurze Kritik und kommt zu dem Schlusse, daß manche dieser Vorlagen nicht überraschend sein können, daß sie sich einfach aus dem Vorhergegangenen folgern lassen. Die vom Concordate übrigen „Papiergesetze“ brauche man auch nicht mehr. Gefährlich sei die Verfügung über die Absetzung eines Geistlichen wegen verbrecherischer Handlungen; unklar der Gesetzentwurf über die Beiträge des Pfandenvermögens zum Religionsfond. Die vierte Vorlage, welche offenbar nur den „schönen Augen“ der Ultrakatholiken zuliebe gemacht wurde, dürste vom Anfang an einer Todtgeburt gleichsehen.“

Die confessionellen Vorlagen werden in beiden Häusern des österreichischen Reichsrathes einen eingehenden und umfassenden Läuterungsprozeß durchmachen müssen. Geschulte, praktische Hände werden Hand anlegen, um aus den confessionellen Gesetzentwürfen das für Reich und Völker Ersprießliche wahrzunehmen, herauszuheben und zur Annahme zu empfehlen. Als leitender Grundsatze wird dem Parlamente dienen: die Kirche siehe nicht neben, geschweige über, sondern unter der Staatsgewalt.

## Seuilleton.

### Wahn und Wahrheit.

Eine Begebenheit aus der Neuzeit, nachzählt von Schmidl. (Fortsetzung.)

Als Pauline bald darnach erwachte, fragte sie nach ihrem Gatten.

„Ja so,“ sagte sie, „mein Gatte — das war ein Traum — er so gut, kann kein Verbrecher sein. Denken Sie, Doctor, ich habe geträumt, nein, ich träumte nicht! Ich sterbe vor Entsetzen!“

Der Doctor, der neuerliches Delirium befürchtete, drängte zur Mittheilung. „Als heute morgens,“ sagte er, „der Herr Graf Sie ohnmächtig in Ihrem Bette fand, war er selbst aus einer schweren Schlaftrunkenheit erwacht. Er hatte unter Alpdrücken einen so fürchterlichen Traum, daß ich ihn Ihnen, Frau Gräfin, gar nicht mitzutheilen wage.“

„O, sprechen Sie, theilen Sie mir ihn mit,“ schrie sie.

„Wohlan! Der Herr Graf träumte, seine erste Gemahlin sei vergiftet worden und der Giftmischer wäre er.“

„Und er war es nicht?“ unterbrach sie ihn hastig, ihm starr in die Augen sehend. „Meine Freundin ist also nicht am Gifte gestorben?“

„Beruhigen Sie sich, meine Gnädige, meine Erfahrung läßt mich Gifftod von einem Herzfehler wohl unterscheiden.“

„In der That, wie ichrichtig ich war,“ sagte Pauline, „wie konnte ich einen solchen Gedanken fassen. Rufen

Sie meinen Gatten, seine Gegenwart wird mir wohlthun.“

Doctor R. fand den Grafen blaß und entsetzt. Ihn in das Zimmer der Gräfin ziehend, sprach er ihm Muth zu, so daß er ihn mehr beruhigt wählte. Seine Blässe, die gepresste Stimme, die niedergedrückte Haltung machten Pauline erbeben. In ihrem Geiste drängte sich neuerlicher Verdacht auf. „Hatte er geschlafen und im Schlafe geträumt? Wie der Doctor mich versicherte, habe ich nicht vielmehr den Beweis, er habe gewacht? Woher sein Schmerz, seine Verlegenheit? Sein Geständnis war das eines Verbrechers, welcher dem Drange folgt, sein Verbrechen zu gestehen.“

Mit ihrem Verdachte stieg auch wieder der Haß gegen ihren Mann empor, sie entfernte ihn neuerlich aus ihrer Gegenwart.

Der Arzt begriff die heftige Reaction. Man mußte sofort trachten, ihren Verdacht abzuschwächen, ja ganz zu entfernen. Hierzu gab es nur ein Mittel: Die Wahrheit. Der Arzt ergriff es und theilte ihr den sonnambulen Zustand ihres Gatten mit. Sie hörte mit gespannter Aufmerksamkeit zu, da ihr von diesem pathologischen Leiden ihres Mannes bisher nichts bekannt war. Vielleicht täuschte man sie neuerlich, um ihn zu entschuldigen. Sie liebte noch heftig ihren Gatten, aber sie haßte den Verbrecher.

Einen ganzen Monat währte der Kampf zwischen Liebe, Zweifel und Haß. Ihre Gesundheit wurde von Tag zu Tag mehr untergraben. Der Graf war in Verzweiflung und auf dem Punkte, durch einen Selbstmord ihrem Tode zuvorzukommen. Er begab sich zu Doctor R.

um seinen Rath einzuholen. Er wurde in ein Gemach eingeführt, wo alles die größte Einfachheit und die äußerste Ordnung athmete. Auf dem rein geschuerten Boden lag vor dem eisernen Feldbette des in Jahren vorgerückten Arztes bloß eine Matratze von Binsen. Das Mobiliar war von weichem Holz. Instrumente und Bücher lagen auf einem braunen Tische. Ein bescheidener Schriftenkasten stand in der Ecke, neben demselben ein ungepolsterter Lehnstuhl. So einfach und doch wohnlich war das einzige Zimmer eines der berühmtesten Aerzte, der die reichsten Parteien zu seinen Kunden zählte, in der äußersten Sparsamkeit lebte, dagegen die ausgiebigsten Wohlthaten erwies. Der Doctor war eben wissenschaftlich beschäftigt.

„Ich komme Sie um einen großen Liebesdienst zu bitten. Könnten Sie mir ein Gift bereiten, das keine Spur der Selbsttödtung zurückläßt? Ich will mein Leben jenem meiner Gattin zum Opfer bringen. Sie glaubt nicht an meine Unschuld, meine Liebe erschreckt sie, sie klagt sich an, die Ursache meines Verbrechens zu sein. So wechseln Zärtlichkeit und Gewissensbisse in ihrem Herzen und fördern ihre, einen trüben Ausgang begründende Krankheit. Mein Tod mache sie von allen Zweifeln frei.“

„Die Gräfin liebt Sie, und Sie glauben durch Selbstmord sie zu retten.“

„Ich hoffe, daß, wenn sie mich nicht mehr sieht, sie auch vergessen wird.“

„Wenn Sie glauben, daß Ihre Gegenwart der Gräfin schrecklich ist, dann trennen Sie sich von ihr.“

„Von ihr, die ich so sehr liebe, entfernt leben? Uebrigens bleibe ja ihr Leben auch während der Trennung

## Parlamentarisches.

Der Budgetauschuß des Abgeordnetenhauses hielt am 22. d. seine erste Sitzung. Noch vor dem Uebergange zur Tagesordnung wird auf Antrag Dumbas der Beschluß gefaßt, bei den in Silber zu verrechnenden Posten das Agio mit einem festen Satz von 8 Prozent anzunehmen. Es kam zunächst das Budget des Ministeriums des Innern zur Verhandlung. Dr. Siskra hatte das Referat. Die Berathung gedieh bis zur Post vier.

Der Klub der Linken beschloß bezüglich des Ausschusses, welcher zur Vorberathung des Antrages wegen Beschließung eines Gesetzes, womit die im Gebiete des ehemaligen Freistaates Ragusa bestehende Verpflichtung der „Contadini“ zu persönlichen Arbeitsleistungen aufgehoben wird, die Abg. Dr. Capenna, Freiherr v. Tacco, Dr. Keller, Dr. v. Bertolini, Dr. Ryger, Guido Freiherr v. Rübeck, Dr. Monti und Grafen Vonda zu wählen.

In die Staatsschulden-Controllcommission wird der Klub der Linken die Abgg. Dr. Kaiser, Dumba und Dr. v. Berger wählen; für die Wahl des vierten bisherigen Mitgliedes, den ehemaligen Reichsrathsabgeordneten v. Wende, sowie für zwei Ersatzmänner wird eine Vereinbarung der drei Verfassungsklubs beschlossen.

Die Regierungsvorlage, betreffend die Gebührenfreiheit der Jubiläumstiftungen und wegen Veräußerung des Staatseigentums, soll dem Budgetauschuß zugewiesen werden; ebenso die Vorlage, betreffend die Aufhebung der Insektensteuer und des Zeitungsstempels, letztere mit der ausdrücklichen Motivierung, daß die Zuweisung an den Budgetauschuß den Erfolg besser verbürge, als die Zuweisung an einen besonderen Ausschuß.

Bezüglich des Antrages des Abgeordneten Hohenwart, betreffend die Eingabe der Abgeordneten aus Böhmen ddo. 23. November v. J., wurde beschlossen, von der Zuweisung desselben an einen Ausschuß abzusehen, jedoch die Ablehnung in maßvoller Weise durch ein Parlamentsmitglied zu begründen. Mit der Abgabe dieser Erklärung wurde Abgeordneter Dr. Herbst betraut.

Der Antrag des Abgeordneten Fux und Genossen, die Aufhebung des Legalisierungszwanges betreffend, soll einem neungliedrigen Ausschuß zugewiesen werden.

Der Fortschrittsklub nahm am 22. d. die Neuwahl seines Bureaus vor und wurde als Obmann Abg. Dr. v. Grebner, als Obmannstellvertreter Abg. Dr. Groß wiedergewählt, ebenso die bisherigen Schriftführer. Neu aufgenommen wurde in den Klub der Abg. Klinkosch und sind als Vertrauensmänner die Abgg. Söllerich und Dr. Dinstl wieder und an Stelle des verstorbenen Abg. Freiherrn v. Weiss der Abg. Dr. Widauer gewählt. Bezüglich der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Begünstigung der aus Anlaß des Regierungsjubiläums Sr. k. und k. apostolischen Majestät errichteten Stiftungen, hinsichtlich der Gebührenpflicht und der Veräußerung von unbeweglichem Staatseigentum, wurde beschlossen, diese Vorlagen dem Finanzausschuß zuzuweisen. Bezüglich des Gesetzentwurfes über die Abänderung der Bestimmungen betreffend die Gebühren von Ankündigungen und Einschaltungen in periodischen Druckchriften n. s. w. soll nach dem Beschlusse des Klubs ein eigener aus dem ganzen Hause zu wählender Ausschuß von neun Mitgliedern, welchem

auch der Antrag Fux über die Aufhebung des Zeitungsstempels zuzuweisen sein wird, gewählt werden.

Die Regierungsvorlage, betreffend den Rechnungsabschluß für das Jahr 1872, dann jene, betreffend den Gesetzentwurf über die Gebührenbehandlung der von den Handels- und Gewerbekammern und von den öffentlichen Börsen gefällten Schiedssprüche, soll dem Finanzausschuß, die Regierungsvorlage über die Repartition des zur Heeresergänzung pro 1874 notwendigen Recrutencontingentes nach dem Beschlusse des Fortschrittsklubs einem eigenen aus 15 Mitgliedern bestehenden, aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse zur Vorberathung übergeben werden. Ferner beschloß der Fortschrittsklub, den Antrag des Abg. Graf Hohenwart und Genossen ohne Debatte abzulehnen, während der Antrag Fux und Genossen, betreffend die Aufhebung des Legalisierungszwanges und die Revision der Grundbuchordnung, einem Ausschusse von 9 Mitgliedern zuzuweisen sein würde. Als Mitglieder der neu zu wählenden Staatsschulden-Controllcommission werden vonseite des Fortschrittsklubs die Abgeordneten: Dumba, Dr. v. Berger, Ladenburg und Dr. Kaiser, als Stellvertreter der Abg. Ritter und zwei Abgeordnete des Klubs der Linken gewählt werden. Als Mitglieder des neungliedrigen Ausschusses zur Vorberathung des Antrages Abgeordneter Vonda und Genossen über die Aufhebung des Contadinaggio in Dalmatien wird der Klub die Abgeordneten Freiherr von Tacco und Dr. Kaiser wählen.

Von dem Abg. Dr. Promber wurde eine Interpellation, betreffend die Vorlage eines Gesetzentwurfes hinsichtlich der Dienstpragmatik, und vom Abg. Dr. Hoffer eine Interpellation, betreffend die Aufhebung der Theaterzensur, angemeldet, welche zahlreiche Unterschriften erhielten.

Die Berathungen des Centrumsklubs ergaben dasselbe Resultat, wie jene im Fortschrittsklub, mit Ausnahme dessen, daß die Vorberathung des Gesetzentwurfes bezüglich der Gebühren von Ankündigungen u. s. f., sowie der denselben Gegenstand verfolgende Antrag Fux und Genossen, einem speciellen Ausschusse zuzuweisen sei. Ebenso wird der Klub des Centrums in die Staatsschulden-Controllcommission die Abg. Dr. Kaiser, Dumba, Dr. v. Berger und Ladenburg wählen und als Ersatzmänner die vom Klub der Linken vorgeschlagenen Mitglieder acceptieren. In den Ausschuß zur Vorberathung des Antrages der Abg. Graf Vonda und Genossen wird der Klub die Abg. Guido Freiherr v. Rübeck und Grafen Vonda wählen.

Bezüglich des vorerst nur angekündigten Antrages des Abg. Dr. Kopp, betreffend die confessionellen Vorlagen, stellte Abg. Freiherr v. Apfaltern den Antrag, die Aufzählung der am Schlusse angeführten Gesetzentwürfen wegzulassen, falls dieser Antrag früher als die betreffenden Regierungsvorlagen zur Behandlung kommen sollte. Dieser Antrag wird angenommen und werden die anderen Klubs von dem Beschlusse verständigt werden. Der zu wählende Ausschuß soll aber nur aus höchstens 18 Mitgliedern bestehen.

## Die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich

wurden in einem auch von uns gebrachten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ als sehr gereizter Natur bestehend geschildert.

Im „P. U. lesen wir über obiges Thema nachstehendes:

„Die Aufregung, welche dem brüskten und fast in

drohendem Tone gehaltenen Artikel der „Nordd. Allg. Zeitung“ beginnt sich zu legen. Zwei Tage lang erfüllten Kriegsbesorgnisse die Luft der Boulevards. Die pariser Börse befand sich in einem Zustande banger Erwartung. Versailler Deputierte interpellirten das Ministerium Decazes-Drogie über das Verhältnis zu Deutschland. Seither ist einige Beruhigung eingetreten. Der Herzog Decazes behandelte den Deputationen gegenüber persönlich die Beschwichtigungsmaschine, offizielle Telegramme brachten jedes Ereignis mit den „vortrefflichen Beziehungen“ zu Deutschland und Italien in Verbindung. Eingeweichte flüsteren sich zu, die französischen Rüstungen seien noch nicht vollendet. Das Entscheidende aber war, daß sich die versailer Regierung, soweit ihr dies bei ihrer eigenthümlichen Lage möglich gewesen, von dem officiellen Patronate des Ultramontanismus los sagte. Der Hirtenbrief des Bischofs von Perigueux bot ihr dazu die Handhabe. Das Ministerium suspendirte den „Univers“, das Organ der ultramontanen Häre gegen Deutschland, welches den Hirtenbrief veröffentlicht hatte und es ist nach den Andeutungen der französischen Blätter nicht unwahrscheinlich, daß gegen die bischöfliche Rundgebung selbst im Wege der Strafgerichte vorgegangen werden wird.

Fürst Bismarck hat damit einen Erfolg erzielt, welcher ihn wohl mit dem Bewußtsein erfüllen mag, daß der moralischen Autorität seines eisernen Willens nicht leicht eine zweite in Europa zu vergleichen ist. Auf einige diplomatische Vorstellungen des Grafen Arnim hin hat sich das versailer Cabinet zu einer Nachgiebigkeit und Connivenz entschlossen, welche der französische Nationalstolz zu allen Zeiten als eine tiefe Demüthigung empfunden hätte. Sachlich wird dadurch das Verhältnis zu Deutschland freilich nicht gebessert. Die öffentliche Meinung in Frankreich kann das Vorgehen Deutschlands nicht anders als im Sinne stolzer Ueberhebung auffassen, der Frankreich jetzt den Nacken beugen, für die es aber einst Rechenschaft fordern muß. Lebhafter als seit geraumer Zeit wird der Vergeltungsgebanke wieder in den Vordergrund treten. So wenig sich gewiß die ungeheure Mehrheit des französischen Volkes mit den ultramontanen Ideen zu identificieren gesonnen ist, es wird genügen, in diesen Ideen eine politische Kraft zu erkennen, die Deutschland gefährlich erscheint, um ihnen nationale Geltung und den Werth willkommener Bundesgenossenschaft einzuhauen.

Es läßt sich vielleicht darüber streiten, ob der Schritt Deutschlands ein völlig gerechtfertigter war. Fürst Bismarck weiß, wie wenig es bisher der größten staatlichen Strenge gelungen ist, die ultramontane Bewegung in den Schranken des Gesetzes zu halten, wie wenig selbst sein starker Arm alle Ausschreitungen des Episcopates niederzuhalten vermochte. Es ist wohl nicht ganz billig gewesen, die versailer Regierung dort zur Verantwortung zu verhalten, wo keine Regierung eine volle Verantwortlichkeit zu übernehmen vermag. Allein offenbar ist es der preussischen Regierung darauf angekommen, das französische Cabinet in eine klare Position zu drängen. Unleugbar birgt der Ultramontanismus die erbitterteste Feindschaft gegen das neue deutsche Reich. Es galt jeder officiellen Unterstützung dieser Feindschaft zu wehren. Wenn das Cabinet Drogie dadurch in eine unangenehme Lage geriet, sich von seinen wesentlichsten Stützen zu trennen, wenn sein populäres Ansehen die schwere Schädigung erlitten, den preussischen Ansprüchen nicht Stand halten zu können, so waren das nicht Erwägungen, die man in Berlin anzustellen brauchte. Dem deutschen Reichskanzler, der mit so vielem Stolge das Prädicat des best-

an das meine, ihr verhaßte gekettet. Ich fühle mich verpflichtet, ihr durch das Aufhören meines Daseins, ihre volle Freiheit wiederzugeben.“

„Herr Graf,“ erwiderte der Doctor ernst, ich kann auf ihr Ansinnen nie eingehen.“

„Wenn ich Ihnen wiederhole, daß sich's um das Leben meiner Gattin handelt, und zugleich darum, mich von schrecklichen Qualen zu befreien, verweigern Sie mir dann noch Ihren Beistand?“

„Ihre Qualen sind mehr eingebildet als begründet. Die Liebe hat Ihre Schuld veranlaßt, die Liebe leitet Sie nicht ferner auf schuldvolle Bahnen. Anstatt den schmählichen Tod anzurufen, stürzen Sie sich in das volle Leben, erringen Sie die Achtung und das Vertrauen Ihrer Frau — der Menschheit. Wenden Sie Ihr Vermögen zur Werkthätigkeit, zum Wohlthun an. Arbeiten Sie, geben Sie sich wissenschaftlichen Studien hin. Habe ich Ihnen meinen Dienst zum Selbstmorde verweigert, so biete ich Ihnen dagegen denselben und meine Erfahrung zur Wiederherstellung Ihrer Existenz, zur Erneuerung eines thatkräftigen Lebens. Vorerst müssen Sie den Muth besitzen, sich von Ihrer Gattin für einige Zeit zu trennen. Ihre Abwesenheit gibt der Gräfin die Ruhe wieder und macht sie das Borgefallene anders deuten, schließlich vergessen. Nicht lange wird es währen und ich rufe Sie an die Seite Ihrer Gattin, wohin Sie mit einem Herzen voll Frieden zurückkehren werden.“

Der Graf sah in dieser klug angelegten Perspective die Mittel zur Besehung seiner verworrenen unglücklichen Lage. Den Hebel eines neuen, thätigen Lebens anzusehen, gewährte ihm Beruhigung. Er ergriff die Hände des

Doctors und sie herzlich drückend, dankte er für den wohlmeinenden Rath, den er unmittelbar in Ausführung zu setzen, feierlich zusagte.

## V.

Einige Tage nach dieser Unterredung verließ der Graf im geheimen sein Hotel und ließ der Gräfin folgenden Brief überreichen:

„Lebe wohl, meine Pauline! Ich verreise, um Dich der Qual, mich zu sehen, zu entziehen und mir Dein Mitleid zu bewahren. Du liebst mich, doch meine Liebe erschreckt Dich. Wir wollen uns für einige Zeit trennen, damit der gegenseitige Kampf uns nicht anfreibe. Gewinne Deine frühere Heiterkeit wieder und lasse mir allein den Stachel des Schmerzes. Wäre ich allein unglücklich, würde ich mein Unglück ertragen, denn die Seligkeit deiner Liebe wäge alles Unglück auf. Ja, hätte ich zu wählen, ich würde ein Leben voll bangender Liebe einer Existenz voll Ruhe, aber ohne Zärtlichkeit vorziehen.“

Dich leiden zu sehen, übersteigt jedoch alle meine Kräfte. Als ich heute Morgen leise in Dein Zimmer trat und Dich im Schlafe fand, da beobachtete ich Dein schönes Gesicht und sah, daß Spuren des tiefen Schmerzes sich darin ausdrückten. Du verheimlichst mir vergebens die Bewegung Deiner Seele, ich entdeckte sie in Deinem Gesicht und Zittern. Ich sehe Schatten über die Klarheit Deines Antlitzes ziehen, wie dunkle Wolken über das blaue Firmament. Einen Augenblick wollte ich mich tödten, um Dir die volle Freiheit wieder zu geben, doch unser edler Hausarzt,

der hier auf Erden eine Mission der Vorsehung erfüllt und jedem Unglücklichen ohne Unterschied des Standes hilfreich beisteht, hielt mich durch Vernunftgründe von meinem Vorhaben ab. Ich werde den Muth zum ferneren sühnevollen Leben haben. Ich bin im Alter der vollen Kraft, will arbeiten und mein Leben in der Fülle der Thätigkeit übersprudeln lassen. Vorerst wende ich mich nach dem Rathe meines Freundes dem Wohlthun und der Wissenschaft zu. Dies wird meinem Geiste seine Ruhe wieder geben, so wie ich hoffe, daß durch meine Abwesenheit in Dein Herz Ruhe wiederkehren wird, sobald Du mich wieder beschäftigt weißt. Mein Leben der Sühne wird das Deine auch versöhnen.“

Lebe daher wohl!

Ich nehme Dein Bild und eine Locke Deines Haares mit mir. Die Locke entnahm ich heute Morgens der Fülle Deines Haares, als ich das Bild Deiner Schönheit zum letzten male in mich sog. Beim Niederschreiben dieser Zeilen zittert meine Hand trotz aller festen Entschlusses. Meine Augen werden feucht. Doch ist unsere Scheidung unerläßlich. So oft ich eine gute That vollführt haben werde, schreibe ich Dir, denn die Erinnerung an Dich wird mich hierzu begeistern. Unterlasse auch Du nicht, mir zeitweilig Nachrichten zukommen zu lassen. Deine Briefe werden meinen Muth erheben, sie werden mich gegen die Versuchung wappnen, Dich allsogleich wiederzusehen.

Lebe wohl auf unbestimmt, aber nicht auf immer.

Dein Richard.“

(Fortsetzung folgt.)

P. T.

Indem ich für die warme Theilnahme, welche mir während meiner Krankheit allerseits erwiesen wurde, meinen aufrichtigen und tiefgefühlten Dank ausspreche, rufe ich bei meiner Abreise nach Görz allen Freunden und Bekannten, bei denen ich mich nicht persönlich verabschieden konnte, ein herzlichliches Lebwohl zu.

Laibach, am 26. Jänner 1874.

Alexander Graf Auersperg, l. l. Landespräsident.

Ausweis

Über die Verwendung der im Jahre 1873 für den „krainischen Schulpfennig“ eingegangenen Beiträge.

Einnahmen:

Table with 3 columns: Item, fl., fr. 1. Kassereist vom Vorjahre 134 58 2. Mittelfst zugunsten des „Schulpfennigs“ veranstaleteten Unterhaltungen, oder bei geselligen Zusammenkünften veranstaleteten Sammlungen 312 69 3. Mittelfst von den l. l. Bezirkshauptmannschaften eingeleiteten Subscriptionen 91 80 4. An Monats- und Jahresbeiträgen 93 - 5. An Spenden ein für allemal 169 5 6. Ergebnis der Sammelbüchsen: a) in Laibach 72 60 b) anderwärts in Krain 23 81 7. Angelaufene Interessen in der Escomptebank 15 16

Summe 912 67

Ausgabe ab 904 94

Verbleibt ein Kassereist von 7 73

Ausgaben:

Table with 3 columns: Item, fl., fr. 1. Für Lehr- und Lernmittelausschaffung 829 75 2. Für deren Verpackung und Transportkosten 44 2 3. Für Regieauslagen, Stampillierung etc. 18 57 4. Für neue Sammelbüchsen 12 60

Summe 904 94

Laibach, 16. Jänner 1874.

J. Ertl, F. Sengthaler, Rechnungsrevisoren.

Der „krainische Schulpfennig“ hatte auch im verfloffenen Jahre — in dem zweiten seines Bestandes — sich einer ausgiebigen Unterstützung seitens der Schulfreunde in allen Landesheilen und Klassen der Bevölkerung zu erfreuen, ja es ist ihm sogar aus der benachbarten Steiermark (Trisail) eine zu seinen Gunsten veranstaltete reichliche Collecte zugekommen.

Die eingelangten Gelder wurden laut obigen, von zwei Rechnungsrevisoren geprüften Rechnungsabslußes bis auf den geringen Rest von 7 fl. 73 kr. zur Betheiligung der Volksschulen mit Lehr- und Lernmitteln verwendet. Außer der bereits im Mai v. J. an die l. l. Bezirkschulräthe von Krainburg, Stein und Radmannsdorf gemachten Sendungen für die dortbezirklichen Schulen, ward dem gefertigten Comité möglich, im Beginne des heurigen Schuljahres 51 Volksschulen in allen Landesheilen mit Berücksichtigung der zugekommenen Anspruchsscheiben der Lehrer, in mehr oder minder ausgiebiger Weise mit den zunächst erforderlichen Lehr- und Lernmitteln zu betheilen. Es ist somit seit dem Bestande des „Schulpfennigs“, d. i. seit Juli 1872 ein durch Sammlungen aufgebrachteter Betrag von 1833 fl. zum Besten des Volksschulwesens in Krain verwendet worden.

Im Jahre 1873 wurden folgende Lehr- und Lernmittel verwendet: 21 Rechenapparate, 13 Wandkarten der österreichisch-ungarischen Monarchie, 6 Wandkarten von Europa, 6 Wandkarten mit Planigloben, 22 ganze Garnituren des metrischen Maß- und Gewichtssystems, 11 Meterstäbe, 11 Dezimeterwürfel aus Holz, zerlegbar, 19 Thermometer, 290 Zeichnungsvorlagen von Kopfschnitt, 263 Stück Schulbücher, meist für den slovenischen Sprachunterricht, einzelne Atlase und Bücher für den Anschauungs- und landwirthschaftlichen Unterricht, 57 1/2 Riß Schreibhefte, 75 Gros Stahlfedern, 13 Gros Bleistifte, 38 Gros

Federhalter, 39 Hunderte Griffel, 104 Duzend Rechenaseln, außerdem Schreibpapier, Kreide und Badeschwämme.

Seitens der theilnehmenden Ortschulräthe und Schulleitungen sind zahlreiche Dankschreiben eingelangt, ferner hat der h. l. l. Landeslehrer für Krain mit dem Erlasse vom 9. Jänner 1874, Z. 2068, dem „Schulpfennigcomité“ für die materielle Unterstützung und Förderung der Schulzwecke seine Anerkennung auszusprechen befunden.

Indem das gefertigte Comité die so günstigen Resultate allen jenen zur Kenntnis bringt, die ihm unterstützend zur Seite gestanden sind, fühlt es sich auf das angenehmste verpflichtet, noch insbesondere seinen wärmsten Dank auszusprechen den Corporationen und Privaten, welche namhafte Beiträge geleistet, allen jenen Behörden und Schulfreunden, welche bei verschiedenen Anlässen Sammlungen für den „Schulpfennig“ eingeleitet, allen Fachmännern und Befähigungsgenossen, die das Beständnis für die Aufgaben des „Schulpfennigs“ in die weitesten Kreise getragen, die hie und da gegen denselben noch herrschenden Vorurtheile beseitigt haben, und schließlich den öffentlichen Blättern, namentlich der „Laibacher Zeitung“, dem „Tagblatt“ und der „Schulzeitung“, welche durch unentgeltliche Bekannngabe der eingelangten Gaben und sonstige Veröffentlichungen zur Erzielung ausgiebiger Beiträge wesentlich beigetragen haben.

Auch für die Zukunft empfiehlt sich das gefertigte Comité des krainischen Schulpfennigs dem allgemeinen Wohlwollen, es kann bei diesem Anlasse nicht umhin, den Wunsch auszusprechen, daß es ihm durch von Jahr zu Jahr sich mehrende Beiträge ermöglicht werde, dem dringend gefühlten Bedürfnisse der krainischen Lehrer nach entsprechenden Beihelfen für den Unterricht in der Landeskunde, in der Naturgeschichte und Physik, durch die Auflage einer größeren Schulwandkarte von Krain, durch Zusammenstellung von naturhistorischen Sammlungen und einigen physikalischen Apparaten zu entsprechen.

Möge auch künftighin der edle, bisher betheiligte Wett-eifer, für die Unterstützung der Volksschule, als Pflanzstätte der Volksbildung ein Schärfelein beizutragen nicht erkalten, mögen dem „Schulpfennig“ neue Freunde gewonnen werden.

Jede, auch die geringste Gabe wird einer entsprechenden Verwendung für Schulzwecke zugeführt.

Die Einwendungen geschehen unter der Adresse: „Krainischer Schulpfennig“, Magistratsgebäude im 2. Stocke, wo auch die bisherigen Rechnungen zur Einsicht ausliegen.

Laibach, am 17. Jänner 1874.

Das Comité des „krainischen Schulpfennigs.“

Karl Deschmann, Obmann.

Ausweis

Über den Stand der Blatternepidemie in Laibach am 21. und 22. Jänner 1874.

Vom letzten Ausweis sind in Behandlung verblieben 82 Kranke, seither sind zugewachsen 12, d. i. 3 Männer, 5 Weiber und 4 Kinder, genesen sind 5, 1 Mann, 2 Weiber und 2 Kinder, gestorben 3, 2 Männer und 1 Weib, bleiben in Behandlung 86, d. i. 22 Männer, 24 Weiber und 40 Kinder. Seit Beginn der Epidemie sind amtlich gemeldet worden 214 Blatternkrante, von diesen sind 100 genesen und 28 gestorben.

Im städtischen Nothspitale war der Stand am 21. d. M. 25 Kranke, da 2 Kranke zugewachsen und 1 genesen war. Am 22. d. M. war der Stand 22 Kranke, da wieder 3 zugewachsen sind.

Im landwirthschaftlichen Filialspitale war der Stand am 21. und 22. d. M. unverändert 29 Kranke. Stadtmagistrat Laibach, am 22. Jänner 1874.

Für die Diurnistenwitwe

sind weiters eingelaufen: Von Herrn Josef Kordin 5 fl., A. S. 2 fl., einem Ungenannten 2 fl., S. 2 fl., F. S. 2 fl., P. C. Emmaich 1 fl., einer ungenannten Frau 1 fl., Ultimo P. S. 2 fl.

Weitere Beiträge werden bereitwilligst entgegengenommen und der Bestimmung zugeführt vom Comptoir dieses Blattes.

Neueste Post.

Wien, 24. Jänner. Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre Kön. Hoheit Marie Gräfin von Stryan geborene Prinzessin von Savoyen-Carignan, die Hoftrauer von Samstag den 24. Jänner angefangen, durch 10 Tage, d. i. bis einschließlich 2. Februar, unter einem mit der bestehenden Hoftrauer getragenen werden.

Wien, 24. Jänner. Sr. Majestät der Kaiser sind gestern mit dem Frühzuge von Wien in Budapest angekommen und begaben sich sofort in die öfner Burg.

London, 24. Jänner. Das Parlament ist aufgelöst. Die Neuwahl steht sofort bevor. Die Königin hält behufs der Zeitbestimmung am Montag oder Dienstag einen Cabinetrath. Die neue Parlamentseröffnung erfolgt aller Wahrscheinlichkeit nach am 3. oder 5. März.

Bern, 23. Jänner. Der Bundesrath hat, ohne auf die Protestnote des Kantons weiter einzugehen, denselben seine Pässe zugestellt.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 24. Jänner.

Papier-Rente 69.55. — Silber-Rente 74.55. — 1860er Staats-Anlehen 107.25. — Bank-Actien 989. — Credit-Actien 241.75. — London 118.40. — Silber 108. — R. l. Münz-Ducaten. — Napoleonsd'or 9.05.

Wien, 24. Jänner. 2 Uhr. Schlusscourse: Credit 241 1/2, Anglo 152 1/2, Union 136 1/2, Francobank 44 —, Handelsbank 91 —, Vereinsbank 18 1/2, Hypothekendarlehenbank 19 —, allgem. Bankgesellschaft 82 1/2, Wiener Bank 90 1/2, Unionbank 51 1/2, Wechselbank 15 1/2, Brigittenauer 17 1/2, Staatsbahn 837 —, Lombarden 162 1/2. Fest.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Wochenausweis der Nationalbank. (Nach § 14 der Statuten, dann auf Grund des Gesetzes vom 25. August 1866 und der lat. Verordnung v. 13. Mai 1873.) Veränderungen seit dem Wochenanweise vom 14. Jänner 1873: Banknoten-Umlauf: 349.283.130 fl. Bedeckung: Metallschatz 144.353.022 fl. 98 kr. In Metall zahlbare Wechsel 4.403.108 fl. 78 kr., Staatsnoten, welche der Bank gehören, 1.435.562 fl. — Escompte: 171 Mill. 47 1/2, 764 fl. 47 kr. Darlehen 54.399.200 fl. Einigel. Coupons von Grundentlastungs-Obligationen 150.528 fl. 79 kr.; fl. 6.940.500 eingelöste und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe: 66 1/2, Prozent 4.627.000 fl. Zusammen 380.888.176 fl. 97 kr.

Laibach, 24. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 12 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 33 Zentner, Stroh 26 Zentner), 28 Wagen und 1 Schiff (7 Kister) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, fl., fr., fl., fr. Weizen pr. Mehren 7 10 7 89 Butter pr. Pfund - 44 - - Korn - 4 90 5 40 Eier pr. Stück - 2 - - Gerste - 4 20 4 07 Milch pr. Maß - 10 - - Hafer - 2 30 2 42 Rindfleisch pr. Pfd - 25 - - Galtfrucht - - - 6 10 Kalbfleisch - - - 32 - - Heiden - 4 80 4 38 Schweinefleisch - - - 29 - - Hirse - 4 70 4 90 Lammernes pr. - - - 22 - - Aukaruz - 4 90 5 - - Käse pr. Stück - - - 55 - - Erdäpfel - 2 50 - - Tauben - - - 21 - - Rind - 6 20 - - Heu pr. Zentner 1 - - - Erbsen - 6 40 - - Stroh - - - 75 - - Hölzer - 6 60 - - Holz, hart, pr. Rstl. - - - 8 - - Rindschmalz Pfd. - 53 - - weiches, 22 - - 5 50 Schweinefchmalz - - 42 - - Wein, roth, Zimer - - - 18 - - Speck, frisch, - - 34 - - weißer - - - 11 - - geräuchert - - 42 - -

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 10 columns: Jänner, Zeit, Beobachtung, Temperatur in Schatten, Temperatur in Sonne, Lufttemperatur, Wind, Luftdruck, Feuchtigkeit, Windrichtung. 24. 2. N. 743.74 + 1.0 windstill Nebel 0.0 10. N. 741.94 - 1.0 windstill Nebel 0.0 25. 6. N. 740.11 - 1.2 windstill Hohennebel 0.0 2. N. 740.71 + 0.4 windstill trübe 0.0 10. N. 745.47 + 0.8 windstill Nebel 0.0

Au beiden Tagen trüber Himmel, Hohennebel abwechselnd. Feucht. Das Tagesmittel der Wärme - 0.3° und 0.6°; bezugsweise um 1.6° und 1.8° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsebericht.

Wien, 23. Jänner. Mit Ausnahme einiger Papiere, welche, wie z. B. Unionbank, besonders favorisiert wurden, war der Verkehr ein schleppender, der Umsatz von wenig Bedeutung, der Curegang mäßig retrograd. Anlagepapiere hielten sich im allgemeinen gut, doch waren Eisenbahnactien matt und speciell Elisabeth-Westbahn stark offeriert.

Large table with multiple columns: Gold, Ware, Silber, Bank, Eisenbahn, etc. Includes sub-sections for 'Actien von Transport-Unternehmungen', 'Baugesellschaften', 'Pfandbriefe', 'Prioritäten', 'Wechsel', 'Weidorten'.

gehasteten Mannes in Europa für sich in Anspruch nahm, kann es ziemlich gleichgültig sein, diesen Haß noch um einige dunklere Schattierungen vermehrt zu sehen.

In der That ist es auch ganz offenbar nur der Standpunkt der Machtfragen, den Preußen bei der Beurtheilung dieser Verhältnisse gelten läßt. Fürst Bismarck hat sich rückhaltlos zum Prinzip der Nothwehr bekannt, und man weiß, daß keine juristische Frage schwieriger zu behandeln ist, als die der Nothwehr. Wer vermag auf dem Boden des internationalen Rechtes die jarte Linie zu ziehen, welche die offensive Gewaltthat von der gerechten Abwehr positiver Gefahren für den Staat und von der berechtigten Erfüllung der Selbstverpflichtungen sondert? Die Solidarität der ultramontanen Interessen ist dem deutschen Reichskanzler eine solche Gefahr und insofern wird er in der Wahl der Mittel, sie niederzuhalten und zu vernichten, schwerlich weder ängstlich noch wählerisch sein.

In dieser Beziehung wenigstens hatte man in Paris wohl ein Recht besorgt zu sein. Die Verhältnisse verhäßtern sich. Das deutsche Reich, ein so ungeheurer und imponierender Machtkörper es ist, sieht sich von zahlreichen Gegnerschaften umgeben. Die begeisterte Stimmung, welche seine Säufung bezeichnete, hat allmählig der Sorge und der nüchternen Prüfung der eigenen Kräfte Platz gemacht. Die antideutsche Verschwörung, welche in Rom erfunden worden ist und in Frankreich ihren Arm zu finden hofft, wird auch in Berlin nicht mehr mit Geringschätzung betrachtet. Die jüngsten Wahlen zum deutschen Reichstag haben gezeigt, wie weit das Nervengeflecht dieser Antipathien, dieser unbeugsamen Feindschaften reicht. Die particularistischen Strömungen des deutschen Südens beginnen wieder stärker zu fluthen, geradezu antistaatliche Tendenzen erobern sich allmählig ihr Gebiet. Die Bedeutung des Machtwortes ist im Schwanden, die Erwägung liegt nahe, daß die Machtthat wiederum an seine Stelle treten muß.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß das berliner Cabinet dieser Verhältnisse Herr zu werden verstehen wird. Obwohl vielleicht aus seinem innersten Wesen heraus ein Gegner des Parlamentarismus, ist Fürst Bismarck einer der größten Parlamentarier der Zeit. Sein populäres Ansehen tritt um so kräftiger hervor, je leuchtender es sich von der Phalanx der Dunkelmänner abhebt, denen der Reichstag zur Heimstätte politischer Niederlagen geworden ist. Aber die preussische Regierung legt mit Recht Gewicht darauf, daß die interne Bewegung nicht ihre Unterstützung von außen finde, und daß die Reichsfeindschaft des deutschen Ultramontanismus auf dem Boden der Theorie erhalten bleibe und nicht in das Gebiet der Praxis herübergreife. Eine ultramontane Bewegung, die ihre Anregungen von Rom empfängt, kann noch mit einem bedauerenswerthen Mangel eigentlich vaterländischer Gesinnung, mit einem Mangel der Gefühle patriotischer Staatsangehörigkeit in Verbindung gebracht werden, eine Bewegung, die den Aufregungen französischer Bischöfe zusaucht, steht hart an der Schwelle des Vaterlandsverrathes.

Daß Fürst Bismarck eine solche Bewegung nicht dulden kann, nicht dulden wird, bedarf keines erläuternden Wortes. Die jüngsten Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ haben gezeigt, daß ihm der Preis eines zweiten Krieges als nicht zu hoch gegriffen erscheinen würde, um die Güter zu schützen, die das deutsche Volk in seinem jüngsten Kampfe gegen Frankreich erstritten hat. Der deutsche Reichskanzler weiß, daß auch dieser Krieg nur ein localisierter sein, auch dieser Krieg allem Ermessen nach nur mit einer neuen Niederlage Frankreichs enden könnte. Die anerkennenswerthe Zurückhaltung der französischen Regierung hat den Eintritt einer derartigen Eventualität verhindert. Allein es muß der Regierung Mac Mahons ernst sein mit dieser Zurückhaltung. Die Provocationen gegen Deutschland von der Tribüne, von der Kanzel herab, und nicht in letzter Linie in der Presse, müssen aufgehört, soll der Friede ein wirklich gesicherter sein. Und wir denken, Frankreich selbst habe das größte Interesse am Frieden. Jedenfalls aber hat die Haltung Preußens in dem jüngsten Zwischenfalle gezeigt, daß Fürst Bismarck auch für die extremen Fälle seine Entschlüsse gefaßt und sich auf das äußerste vorbereitet hat.

## Politische Uebersicht.

Laibach, 25. Jänner.

Wie der „P. U.“ vernimmt, hat die kön. ungar. Regierung im Wege des k. und l. gemeinsamen Ministeriums des Aeußern wegen Abschließung von Conventionen betreffend die gegenseitige Auslieferung der Militärpflichtigen mit mehreren ausländischen Regierungen Verhandlungen angeknüpft. — Ueber die gegenseitige Vergütung und die Berechnung von Schiffs- und Landkosten sind, wie „M. Politika“ erfährt, gegenwärtig Verhandlungen zwischen den Regierungen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem deutschen Reich im Zuge, insofern welcher eine Vereinfachung des hiebei üblichen Verfahrens erwartet werden darf.

Wie der „Deutschen Reichs-correspondenz“ mitgetheilt wird, wird Kaiser Wilhelm den deutschen Reichstag am 5. Februar persönlich eröffnen, falls der Gesundheitszustand des Monarchen in derselben erfreulichen Weise fortschreitet, in welcher er sich bisher

entwickelt hat. Die Abgeordneten für Elsaß-Lothringen, welche erst am 1. Februar gewählt werden, werden der Eröffnung wohl noch nicht beizubehalten können, da das Ergebnis der Wahlen kaum vor dem 5. Februar ermittelt sein wird. — Nach dem „Börsencourier“ finden Verhandlungen wegen Uebertragung der Regentenschaft an den Kronprinzen statt, falls nemlich Kaiser Wilhelm zufolge ärztlichen Anrathens auf längere Zeit nach Italien geht. — Für die Sessionsdauer des deutschen Reichstages werden die beiden Häuser des preussischen Landtages unter Zustimmung derselben verhandelt werden.

Wie die „A. U. Ztg.“ vernimmt, werden die bairischen Kammern, wenn nicht früher, jedenfalls kurz vor dem Zusammentritt des deutschen Reichstages und für die Dauer desselben verhandelt werden. Da man glaubt, daß der Reichstag seine bevorstehende Aufgabe bis Ostern erledigen wird, so werde der bayerische Landtag gegen Mitte April wieder zusammentreten können.

Die bairische zweite Kammer hat nach zweitägigen Verhandlungen die Ergänzung zum Kirchengesetz, betreffend die Nothwendigkeit der Staatsprüfung zu kirchlichen Aemtern und zur Ausübung von kirchlichen Functionen, die Schließung der Convicte für Knaben und Studierende, den Vollzug sichernde Strafbestimmungen, die Sicherung des Wahlrechtes gegen kirchliche Beeinflussung und die Entziehung des geistlichen Amtes nach zweimaliger Bestrafung durch Entschließung des Staatsministeriums und dreier Richter, mit allen gegen zehn Stimmen angenommen.

Aus England wird neuerdings der Ausbruch einer Ministerkrisis insofern eines Zerwürfnisses zwischen Gladstone und dem Schatzkanzler Lowe berichtet. Letzterer will seine Demission geben.

## Tagesneuigkeiten.

— (Zur Kaiserreise nach Petersburg.) Nach den neuesten Verfügungen werden Se. Majestät der Kaiser am Montag den 9. Februar die Kaiserreise nach Rußland mittels Hof-Separatzuges der Nordbahn antreten.

— (Geschenk der Kaiserin.) Der Erzbischof von München, der die Taufe der Prinzessin Elisabeth vornahm, erhielt von Ihrer Majestät der Kaiserin ein reich mit Brillanten besetztes goldenes Kreuz und einen mit wertvollen Steinen geschmückten Ring zum Geschenk.

— (Zur Lage der Arbeiter.) Die Folgen des großen Börsensturzes und unglücklicher Speculationen machen sich jetzt bei den theueren Lebens- und Wohnungspreisen in einer Weise fühlbar, daß trotz des um das Doppelte herabgesetzten Arbeitslohnes nicht weniger als 23,000 Arbeiter, von welchen das Hauptcontingent 8000 Schlessler, 2000 Tischler, 3000 Drechsler, 1400 Schmiede, 4000 Schneider, 600 Wandmacher, 2000 Färber, 1300 Klüßner und 2000 Bäckergehilfen stellen, im Verlaufe der verfloffenen Woche auf den Herbergen und Genossenschaften Wiens um Arbeit zusprachen.

— (Nordlicht.) In der Nacht vom 16. auf den 17. d. wurde in Pilsen ein Nordlicht beobachtet. Die Röthe war so stark, daß die Nachtwache glaubte, es brenne.

## Locales.

— (Milde Spende.) Der Herr Landespräsident Graf Auersperg hat den Theilbetrag seiner heurigen Landtagsdiäten von 70 fl. dem Elisabeth-Kinderspitale gespendet.

— (Urlaub.) Der Herr k. l. Landespräsident Alexander Graf Auersperg wird aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Urlaub antreten und sich mit Familie nach Görz begeben. Der Herr k. l. Hofrath Lothar Fürst Metternich wird die Leitung bei der k. l. Landesregierung Krain übernehmen.

— (Dem Herrn Bürgermeister Deschmann), Mitglieder des Abgeordnetenhauses, wurde in der 12. Sitzung des Abgeordnetenhauses ein dreiwöchentlicher Urlaub ertheilt.

— (Ernennung.) Herr Dr. Anton Starč, absolvirter Militärzögling der med. chir. Josephs-Akademie, wurde zum Oberarzt ernannt und dem hiesigen Garnisonsspitale zugetheilt.

— (Beschlüsse der Gesundheitscommission der Stadt Laibach.) In der dritten Sitzung am 12. Jänner d. J. wurde beschlossen: 1. Ein Circular an alle P. T. Herren Aerzte Laibachs zu richten, in welchem dieselben ersucht werden, anzugeben, wie viele der von ihnen behandelten Blatterkranken geimpft und ungeimpft waren, und welchen Ausgang die Krankheit bei Geimpften und den Ungeimpften genommen hat, um über den Werth der Impfung auch bei der hiesigen Blatterepidemie schätzenswerthe Daten zu erhalten. 2. Wurden Anfragen wegen einiger die Ausführung früherer Beschlüsse betreffenden Angelegenheiten gestellt, um 3. über die Wiedereröffnung der Schulen in der nächsten Sitzung zu berathen. — In der am 17. Jänner d. J. abgehaltenen vierten Sitzung der Gesundheitscommission wurde 1. über Ansuchen der Landeschulbehörde die Desinfection der Zimmer der k. l. Schulen beschlossen; 2. an die hohe k. l. Landesregierung, da die Blatterepidemie in den letzten Tagen wieder zugenommen hat, die Schließung der Schulen bis 3. Februar d. J. beantragt; 3. an das k. l. Militärstationscommando das Ansuchen gestellt, bei allfällig vorkommenden Todes-

fällen an Blattern, die Leichen in die Todbtenkammer zu St. Christof zur Beisehung überbringen zu lassen.

— (Aus dem Abgeordnetenhause.) Einige Blätter bringen die Nachricht, daß sich die jugoslovenischen Reichsrathsabgeordneten in confessionellen Fragen rückhaltlos der Fortschritt- und Verfassungspartei anschließen werden.

— (Das erste Bürgerkränzchen) verlief in der heitersten, animirtesten und ungezwungensten Weise. War auch die Zahl der Teilnehmer nicht so groß wie in den Vorjahren, die Tanzlust stand doch nicht zurück; mehr als 50 Paare tanzten die Quadrille und minder beengt als sonst, gaben sich die Gäste, Jung und Alt, dem Tanzvergnügen bis in die Morgenstunden des 25. d. hin. In Tanzstreifen kam der Wunsch nach neuen Tanzpieten lebhaft zum Ausdruck.

— (Herr Heinrich Fahr), zweiter Komiker und Charakterdarsteller, zugleich recht lobenswerth wirkender Opern- und Opernfänger unserer deutschen Bühne, gibt am Dinstag den 27. d. zu seinem Vortheile das auf vielen Bühnen Oesterreichs mit großem Beifalle aufgenommene Gruber'sche Volksstück „Die Kreuzschreiber.“ Theaterfreunde, die eine offene, namentlich in den österreichischen Gebirgsländern herrschende Sprache und scharf markierte Genrestücke lieben, werden sich an diesem Abende gewiß gut unterhalten.

— (Der ärztliche Verein) hält am nächsten Samstag, d. i. am 31. Jänner eine wissenschaftliche Versammlung ab, mit folgendem Programme: A. Innere Vereinsangelegenheiten. B. Wissenschaftliche Vorträge: 1. Professor Valenta über Kichlers Dammnast. 2. Stadtphysicus Dr. Kovatsch über die laibacher Blatterepidemie. 3. Primararzt Fuz chirurgische Mittheilungen.

— (Kindervorstellungen.) Herr Ehrfeld erhielt vom h. Landespräsidium die Bewilligung, auf seinem Glasalon-Theater Kindermärcchenvorstellungen in Szene setzen zu dürfen. Sicherem Vernehmen nach stellen sich diesem Projecte insofern eingetretener Patriguen Hindernisse in den Weg, wodurch das der Kinderwelt in Aussicht gestandene Vergnügen vereitelt wird.

— (In Kosler's Bierhalle) waren gestern nachmittags sämmtliche Tische von Freunden gut gewürzten Gerstensaftes zahlreich besetzt. Herrn Kapellmeister Schantl's Productionen wurden beifällig aufgenommen; nur möchten wir ihn ersuchen, in Hinkunft die zweite Violine und Viola mehr hervortreten, und die beiden Clarinetten, deren Töne ohrenbeleidigend klingen, durch neue Instrumente ersetzen zu lassen.

— (Von der Südbahn.) Director Schüler und Oberinspector Hahn von der Südbahngesellschaft haben das Commandeurekreuz des Medjidie-Ordens und der Oberinspector und kaiserliche Rath Träger von derselben Gesellschaft das Ritterkreuz dieses Ordens erhalten.

— (Preßerfeier.) Die in Wien sich aufhaltenden slovenischen Sänger beabsichtigen, den 25. Gedentag des Ablebens Preßerns am 9. Februar d. J. in entsprechender Weise zu feiern.

— (Gestohlen wurden): dem Josef Sterjan aus Gradische, Bezirk Vitai, Leibkleidung; dem Anton Sels Schweinfetten, Leibkleidung u. a.; dem Josef Gluck in Oberlole, Bezirk Egg, Schwaben und 1 Kochkessel; dem Andreas Kurnit in Mitterdorf, Bezirk Krainburg, eine Brieftasche mit 54 fl. in Banknoten und dem Lorenz Dobradic aus Bischoz, Bezirk Neumarkt, Hackwerkzeuge.

— (Stechbrieflich verfolgt werden): Lorenz Ajsec aus Pudob, Bezirk Laas, 29 Jahre alt, Kaufherr und Fabrikarbeiter; Anion Zgonc aus Dednik, Bezirk Großkraj, 25 Jahre alt und Tischlergeselle Kaufherr aus Satrachberg, 41 Jahre alt, wegen Diebstahl.

— (Diebstahl.) Vor einigen Tagen kehrte, wie die „Klagenf. Ztg.“ erzählt, in einem Gasthause in der völkermärker Vorstadt in Klagenfurt ein Hausierer aus Krain ein; bei einem Glase Bier machte derselbe wider Willen die Bekanntschaft eines unbekanntes Gauners, der sich ihm anschloß und mit ihm im Stalle übernachtete; als am Morgen der Krainer erwachte, fand er seinen Schlafkameraden nicht mehr, aber auch seine Brieftasche nicht, in welcher sich 110 fl. befanden. Nach dem Strolche wird gefahndet.

— (Theaterbericht vom 24. d.) Vor leeren Sizen spielte sich die recht unterhaltliche und von jeder Bote reine Kaiser'sche Posse „Eine Feindin und ein Freund“ ab. Herr Köhler führte die Rolle des „Robert Sturmvogel“ superbe durch, namentlich in der Maske als Magnetiseur; in zeitgemäßen Couplets leistete er, wie gewöhnlich, großes; stürmischen Beifall und wiederholte Hervorrufe zählt dieser eminente Charakterkomiker zu seinen Errungenschaften. In den kleineren Partien excellierten Frl. Rosenberga (Kath) durch lebendiges, frisches Auftreten; Frl. Brambilla (Anna v. Walhold) durch vorzügliche Zeichnung des intelligenzhaften Charakters und geschmackvolle Toilette; die Herren Fahr (Zimmel) und Widaner (Hartinger) durch gemüthlichen und offenen Ton. Diese Posse erfreute sich einer äußerst freundlichen Ausnahme.

— (Aus dem Theaterleben.) Sachses „Theaterchronik“ meldet: „Belungen war die „Gilda“ des Frl. Neugebauer in der Oper „Rigoletto“. Das Fräulein nicht in Agram erfreuliche Fortschritte und verspricht perfecte Sängerin zu werden.“ — Das genannte Blatt schreibt: „Dr. Carode in Sigmaringen errang sich als Schiller („Gustel von Blasewitz“) und als Theodor („Experimentierer“) einen ansehnlichen Erfolg, was wir hier mit Vergnügen constatieren.“